



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Nikolaus Kraus, Dr. Leopold Herz, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Dr. Hans Jürgen Fahn, Günther Felbinger, Thorsten Glauber, Eva Gottstein, Joachim Hanisch, Johann Häusler, Peter Meyer, Alexander Muthmann, Prof. Dr. Michael Piazzolo, Bernhard Pohl, Gabi Schmidt, Dr. Karl Vetter, Jutta Widmann, Benno Zierer** und **Fraktion (FREIE WÄHLER)**

Bundesweites Anbauverbot von gentechnisch veränderten Pflanzen endlich umsetzen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich auf Bundesebene für ein bundesweites nationales Anbauverbot von gentechnisch veränderten Pflanzen im Sinne der auf EU-Ebene vereinbarten Opt-Out-Regelung einzusetzen.

Des Weiteren wird die Staatsregierung aufgefordert, konstruktiv bei diesem Gesetzgebungsverfahren mitzuwirken, um von Beginn an regionalspezifische Besonderheiten zu berücksichtigen.

Begründung:

Nach dem bedauernswerten Scheitern des Gentechnik-Verbotes auf EU-Ebene, war die Einigung der EU-Länder zur Opt-Out-Regelung ein notwendiger Schritt, um den EU-Mitgliedstaaten die Möglichkeit zu geben, in Zukunft selbst über den Anbau von gentechnisch veränderten Pflanzen auf ihrem Territorium zu entscheiden. Auch Bundeslandwirtschaftsminister Schmidt kündigte damals an, einen nationalen Gesetzentwurf zügig vorzulegen.

Mit den jetzt angedachten länderspezifischen Regelungen kann jedoch nicht sichergestellt werden, dass auch alle Bundesländer ein Gesetzgebungsverfahren anstreben. Dadurch besteht die Gefahr, dass die innerdeutschen Warenflüsse von Saat- und Erntegut massiv erschwert und unnötige bürokratische Hürden aufgebaut werden.

Durch aktives Mitwirken aller Länder am Bundesgesetzgebungsverfahren können von Beginn an regionalspezifische Besonderheiten berücksichtigt werden. Die Gefahr von rechtlichen Risiken kann somit minimiert werden.